

## Vorlage Stadtparlament

Datum 29. Oktober 2024  
Beschluss Nr. 4398  
Aktenplan 750.16 Energiefonds, Energieberatung

### Nachtrag I zum Energiereglement (EnR) vom 11. Februar 2014

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Es wird ein Nachtrag I zum Energiereglement (EnR) vom 11. Februar 2014 gemäss Beilage erlassen.
2. Es wird festgestellt, dass dieser Beschluss gemäss Art. 8 Ziff. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.

---

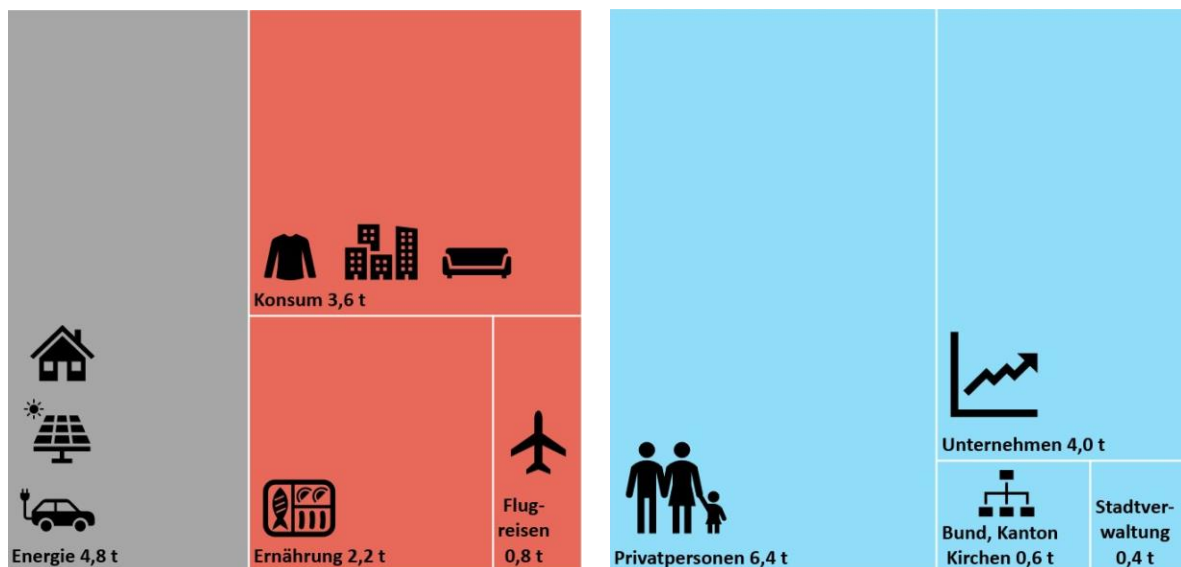
#### 1 Ausgangslage

Die Stadt St.Gallen engagiert sich seit dem Jahr 2006 mit dem Energiekonzept 2050 für eine Energiepolitik, die auf Energieeffizienz, den sorgsam Umgang mit Energie und erneuerbare Energie ausgerichtet ist. Am 27. September 2020 beschloss die Bürgerschaft mit 79,1 Prozent Ja-Stimmen, den neuen Art. 3<sup>ter</sup> «Klimaschutz und Klimawandel» in der Gemeindeordnung zu verankern. Dieser verlangt, dass die Stadt St.Gallen bis 2050 klimaneutral wird.

Das ursprüngliche Energiekonzept 2050, mit der Roadmap Null Tonnen CO<sub>2</sub> bis 2050, beschränkt sich auf die direkten energiebedingten Klimagasemissionen in den Bereichen Wärme, Strom und Mobilität und zeigt auf, wie diese bis zum Jahr 2050 auf null reduziert werden können.

Ein grosser Teil der Klimagasemissionen entsteht nicht vor Ort, u. a. im Bereich der Nahrungsmittelproduktion und in der Produktion von Konsumgütern. Heute verursacht eine Person, die in der Stadt St.Gallen lebt, pro Jahr rund 11,4 Tonnen Klimagase (Abbildung 1, links). 4,8 Tonnen entstehen durch den Energieverbrauch von Wärme, Strom und Mobilität auf Stadtgebiet und durch Beschaffung der entsprechenden Energie. 3,6 der 4,8 Tonnen entstehen beim Verbrennen von fossilen Brenn- und Treibstoffen, die übrigen 1,2 Tonnen fallen bei der Beschaffung der Energie ausserhalb der Stadt an. Neben den 4,8 Tonnen aus den Bereichen Wärme, Strom und Mobilität entfallen 6,6 Tonnen Klimagase auf die Bereiche Konsum, Ernährung und Flugreisen.

Die öffentliche Hand hat bei den Klimagasemissionen nur eine geringe direkte Einflussmöglichkeit, aber eine grosse Vorbildfunktion. Unternehmen und Privatpersonen haben eine sehr grosse direkte Einflussmöglichkeit (Abbildung 1, rechts).



**Abbildung 1:** links: Klimagasbilanz pro Person; grau: energiebedingte Emissionen, rot: indirekte Emissionen; rechts: Klimagasbilanz nach Einflussmöglichkeit

Das erweiterte [Energiekonzept 2050](#) wurde am 22. Mai 2024 durch den Stadtrat beschlossen und wird dem Stadtparlament mit der Beantwortung des Postulats «CO<sub>2</sub>-neutral bis 2040, Auswirkungen auf die bestehende Planung»<sup>1</sup> zur Kenntnis gebracht.

Das Energiereglement (EnR) regelt die Umsetzung der übergeordneten Energiegesetzgebung sowie der energiepolitischen Ziele gemäss der Gemeindeordnung. Es legt die Finanzierung und die Förderbereiche des Energiefonds fest und bildet die Grundlage für das vom Stadtrat erlassene Energiefondsreglement (EnFR), in welchem die detaillierten Fördertatbestände festgelegt werden.

## 2 Neue Förderbereiche des Energiefonds

Das bisherige Energiereglement beschränkte sich auf die Bereiche Wärme, Strom und Mobilität des ursprünglichen Energiekonzeptes 2050. In Art. 7 Energiereglement sind die Bereiche definiert, in welchen Massnahmen gefördert werden können, die der Umsetzung des Energiekonzeptes dienen. Damit auch Massnahmen in den in das erweiterte Energiekonzept aufgenommenen Themen Ernährung, Konsum und Kreislaufwirtschaft finanziell unterstützt werden können, sind diese Förderbereiche im Energiereglement zu ergänzen.

In den bisherigen Förderbereichen bemisst sich die Höhe der Förderbeiträge nach der Menge eingesparter Energie bzw. produzierter erneuerbarer Energie. Bei den neuen Förderbereichen Ernährung, Konsum und Kreislaufwirtschaft liegt der Fokus auf der Reduktion von Klimagasemissionen; dies wird deshalb als zusätzlicher Bemessungsgrundsatz in Art. 9 Abs. 1 Energiereglement aufgenommen.

Die Mittel des Energiefonds von heute rund CHF 3,8 Mio. pro Jahr wurden im Durchschnitt der letzten fünf Jahre jeweils ausgenutzt. Eine Erhöhung der Energiefondsmittel ist aktuell nicht erforderlich, da bis jetzt geförderte Bereiche wie Photovoltaikanlagen (im Jahr 2023 mit knapp CHF 1,4 Mio. gefördert) oder Wärmepumpen (im Jahr 2023 mit rund CHF 1,9 Mio. gefördert) heute, beziehungsweise in

<sup>1</sup> CO<sub>2</sub>-neutral bis 2040, Auswirkungen auf die bestehende Planung; Postulatsbericht vom 29. Oktober 2024

absehbarer Zeit wirtschaftlich sind und nicht mehr oder nicht mehr im heutigen Ausmass unterstützt werden müssen. Mit der Aufhebung respektive Reduktion dieser Förderbereiche können Mittel freige-macht werden für die Umsetzung der Massnahmen in den neuen Bereichen Ernährung, Konsum und Kreislaufwirtschaft.

### **3 Artikelweiser Kommentar**

- Art. 1 Bisher wird nur Art. 3<sup>bis</sup> (Energieeffizienz, Versorgungssicherheit und Ausstieg aus der Atomenergie) der Gemeindeordnung erwähnt, neu wird auch der mittlerweile aufgenom-mene Art. 3<sup>ter</sup> (Klimaschutz und Klimawandel) aufgeführt.
- Art. 4 Abs. 1 Die Energieberatungsstelle informiert neu auch zu den Themen Ernährung, Konsum und Kreislaufwirtschaft.
- Art. 7 Abs. 1 Für den Energiefonds werden neu die Förderbereiche Ernährung, Konsum und Kreis-laufwirtschaft aufgenommen. Damit sollen einmalige Projektbeiträge sowie mehrjährige Betriebsbeiträge an gemeinnützige Organisationen ausgerichtet werden, die Projekte umsetzen, welche zur Erreichung der Ziele in den Bereichen Ernährung, Konsum oder Kreislaufwirtschaft beitragen. Die Höhe des Beitrags richtet sich danach, wie hoch die Kosten des Projektes sind, wie wertvoll dieses für das Energiekonzept ist und ob Bei-träge Dritter gesprochen werden.
- Art. 9 Abs. 1 Die Beiträge des Energiefonds werden neu auch nach der Reduktion von Klimagasen bemessen.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Dario Schönenberger

Beilagen:

- Nachtrag I zum Energiereglement (EnR) vom 11. Februar 2014
- Synopse